

Das Klimakabinett – Wir setzen Klimaschutz oben auf die Agenda

- Die Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius ist neben der Bekämpfung der globalen Ungleichheit die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre.
- Das Klimakabinett der Bundesregierung geht diese Herausforderung auf höchster Regierungsebene an.
- Der Kohleausstieg bis spätestens 2038 ist der wichtige Beitrag der Energiewirtschaft, die Paris-Ziele zu erreichen. Die anderen Sektoren müssen nun folgen.
- Das Klimakabinett wird sicherstellen, dass 2019 ein rechtlich verbindlicher Rahmen verabschiedet wird, der die Erreichung der Klimaziele 2030 gewährleistet.
- Bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen.

WARUM BRAUCHEN WIR EIN KLIMAKABINETT?

Klimaschutz und die Bekämpfung der weltweiten Ungleichheit sind die wichtigsten globalen Aufgaben des Jahrhunderts. Die SPD arbeitet an der Bewältigung dieser großen Aufgaben und wird das Engagement für (Klima-)Gerechtigkeit in diesem Jahr noch weiter verstärken. Für globalen Klimaschutz und globale Wirtschaftspolitik setzen wir vor Ort an: Unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wurde Deutschland Spitzenreiter bei der Förderung Erneuerbarer Energien und der Atomausstieg wurde eingeleitet. Nun haben wir maßgeblich zu einem sozialverträglichen Kohleausstieg bis spätestens 2038 beigetragen, um die Klimaziele im Energiesektor zu erreichen und Planungssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Kohlerevieren, für die Unternehmen und die Bundesländer zu schaffen.

Klimaschutzziele der Bundesregierung

2015 haben sich in Paris sowohl Deutschland als auch rund 200 weitere Staaten einem völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen zur Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius verpflichtet. Bis 2030 soll der Treibhausgasausstoß hierzulande um 55 Prozent, bis 2050 um 80 bis 95 Prozent reduziert werden. So kann Deutschland seinen notwendigen Beitrag für den Klimaschutz leisten, um die globale Erderwärmung zu begrenzen. In den Koalitionsverhandlungen haben wir darauf gedrungen, dass diese Ziele verbindlich umgesetzt werden müssen. Darum hat das Bundesumweltministerium ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, das die Ziele rechtlich verbindlich verankert.

In der aktuellen Bundesregierung ist die SPD treibende Kraft für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen. Wir brauchen Investitionen, um die Klimaziele zu erreichen, um Innovationen und Wertschöpfung insbesondere im Mittelstand zu steigern, um Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen und um Energiesicherheit herzustellen. Wir haben im Koalitionsvertrag mit der Union ein Klimaschutzgesetz durchgesetzt, das erstmals gesetzlich verbindliche CO₂-Einsparziele für die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft definieren wird. Das ist ein Meilenstein in der nationalen Klimaschutzpolitik.

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag der SPD am 20. März 2019 die Einsetzung eines Kabinettsausschusses „Klimaschutz“ („Klimakabinett“) beschlossen, der am 10. April seine Arbeit aufnehmen wird.

WELCHE AUFGABEN HAT DAS KLIMAKABINETT?

Das Klimakabinett soll sicherstellen, dass noch in diesem Jahr alle für das Erreichen der Klimaschutzziele 2030 erforderlichen rechtlichen Regelungen im Bundestag verabschiedet werden.

Die Bundeskanzlerin ist Vorsitzende, stellvertretender Vorsitzender ist der Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler Olaf Scholz. Bundesumweltministerin Svenja Schulze ist Beauftragte Vorsitzende. Weitere ständige Mitglieder sind Bundesbauminister Seehofer, Bundeswirtschaftsminister Altmaier, Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner, Bundesverkehrsminister Scheuer, sowie der Kanzleramtschef und der Chef des Bundespresseamts.

WIE GEHT'S JETZT WEITER?

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Arbeit des Klimakabinetts ausdrücklich. Wir erwarten von allen beteiligten Ministerien, dass sie in den kommenden Wochen darlegen, wie die CO₂-Einsparziele für die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft erreicht werden können. Der Entwurf für ein Klimaschutzgesetz liegt vor und muss nun zügig beschlossen und ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Die Zeit drängt. 2019 ist das Jahr des Klimaschutzes.